

## Arbeit der Enquête-Kommission 'Internet und digitale Gesellschaft' erfolgreich abgeschlossen

Arbeit der Enquête-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" erfolgreich abgeschlossen<br/>
hr /> Schlussbericht wird im April verabschiedet<br/>
br / />Die Enquête-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages trifft sich am heutigen Montag zu ihrer letzten Sitzung. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kreitschmer, und der Obmann für die Enquête-Kommission, Jens Koeppen:<br/>
">"Die Enquête-Kommission ?Internet und digitale Gesellschaft beendet heute mit der Verabschiedung der letzten Zwischenberichte nach über zweijähriger Tätigkeit ihre erfolgreiche Arbeit. <br />Die maßgeblich auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgehende Enquête-Kommission hat die Digitalisierung zu einem zentralen Thema dieser Legislaturperiode im Deutschen Bundestag gemacht. Hierzu beigetragen hat auch der Vorsitzende der Kommission, Axel E. Fischer, der die Sitzungen fraktionsübergreifend sehr konstruktiv geleitet hat.<br/>
-/>Abgeordnete und Sachverständige aller Fraktionen diskutierten in zwölf Projektgruppen über so verschiedene Themenbereiche wie Datenschutz, Netzneutralität oder Verbraucherschutz. Sie erarbeiteten dabei wichtige Handlungsempfehlungen. Die Ergebnisse dienen als Diskussionsbasis für den Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Deutschland digital - Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik" am 20. Februar 2013. <br/>
sh />Am Ende der Kommissionsarbeit ist klar: Das Thema Internet und digitale Gesellschaft muss weiterhin an herausgehobener Stelle im Deutschen Bundestag behandelt werden. Die Enquête-Kommission empfiehlt, in der nächsten Wahlperiode einen eigenen Ausschuss einzurichten. Auch die Bundesregierung soll sich des Themas stärker annehmen. <br/> /s Der Schlussbericht der Enquête-Kommission wird im April dieses Jahres im Deutschen Bundestag verabschiedet. "<br/>-/sor />cDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag<br/>-/sor />Platz der Republik 1<br/>-/sor />11011 Berlin<br/>-/br/>Deutschland<br/>-/sor />Telefon: 030/227-52267<br/>br />Telefax: 030/227-56115<br/>br />Mail: fraktion@cducsu.de<br/>br />URL: http://www.cducsu.de <br/> />cducsu.de <br/> />cimg src="http://www.cducsu.de <br/> //cimg src="http://www.de <br/> //cimg src="http://www.cducsu.de <br/> //cimg src="http://www.cducsu.de <br/> //cimg src="http://www.cducsu.de <br/> //c pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_=520815" width="1" height="1">

## Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de fraktion@cducsu.de

## Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de fraktion@cducsu.de

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.